

Nagold.  
URS  
Mai.  
entommen  
Mai an)  
Lebensfächer  
Frankfurt  
1890  
andlung.  
Bodamer.

Fürchtet an jedem Abend  
zu schlafen, wenn  
die deutsche Post  
aus Ostpreußen  
kommt.  
Kasseler-Bühne für die  
einmalige Zeit aus  
gewöhnlicher Schrift  
über  
Jenen Raum bei einmütiger  
Einstimmung 40 W  
bei mehrmaliger  
Kasseler-Bühne für die  
einmalige Zeit aus  
gewöhnlicher Schrift  
über  
Jenen Raum bei einmütiger  
Einstimmung 40 W  
bei mehrmaliger

# Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
Nagolder Tagblatt  
Begründet 1826  
Jahrgang 94

Bestellungs-Zeitang im  
Oberamtsbezirk. — Na-  
golder sind daher von  
bestem Erfolg.  
Es wird keine Bestellung  
überlassen, daß die  
Bestellungen in bestimmten  
Räumen oder an der  
gewöhnlichen Stelle  
erhalten. In Fällen von  
Wegzug oder sonstiger  
Veränderung der Adresse  
müssen die Bestellungen  
mit der neuen Adresse  
überliefert werden.  
Telegraphen-Adressen:  
Gefellschafter Nagold.  
Postfachkonto:  
Stuttgart 5118.

Nr. 100

Freitag den 30. April 1920

94. Jahrgang

## Die Politik der Woche.

Die Nationalversammlung, die — voraussichtlich am 19. Mai — sich endgültig zum Sterben bereit macht, muß in der kurzen Galgenfrist allmählich ihre Sensation haben. Herr Blund, der neue Justizminister, hat es für nötig befunden, ein niedliches Plöbchen aus seinem Staatsarchiv zum Besten zu geben. „Professoren, Huren und Tänzerinnen kann man überall um Geld haben“ hält diese gemüthvolle Fierde der Regierung dem Professor Kahl von der Deutschen Volkspartei entgegen. Nach geschehenem Lapsum sich wenigstens zu entschuldigen, findet Herr Blund für überflüssig, und die prompte Abfuhr von seinen des Angegriffenen scheint seiner Epidermis nicht das mindeste geschadet zu haben. Abgesehen von diesen weltweisigen Zwischenstücken geht das Geschehen im Schnellzugtempo. Die „Verreichlichung“ der Eisenbahnen, die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren und die Telefon-Zwangsanleihe werden angenommen. Wer das alles zahlen soll, und wie das alles gezahlt werden soll, steht freilich auf einem andern Blatt. Der von der Regierung aufgetragene Notetat für das am 1. April begonnene Etatsjahr ist einigermaßen erschreckend. Herrn Erzbergers vielgerühmte Finanzwirtschaft hat uns einen Fehlbetrag von über 3 Milliarden Mark übermacht, und sein Werk zweifelt, wie dieses Planko wieder einbalanciert werden soll. Herr Wirth, der neue Mann und sein Kolossal Hermes sagen zwar manch schönes Wort von der notwendigen Hebung der Produktion, aber leider kommen wir mit derartigen Gemeinplätzen nicht weiter, solange die Regierung selbst die Hand an die Kehle der Produktion legt. — Die Affäre Braß, gegen den das Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet werden soll, muß wegen Beschlußfähigkeit des Hauses unter den Tisch fallen.

Unter der Konferenz von San Remo ist der Schlusssatz gezogen. Das Ergebnis ist für Deutschland, milde gesagt, sehr betrübend. Alle Hoffnungen auf ein glückliches Abschneiden, die man aus dem unbestimmten Depeschematerial komponiert, haben sich als trügerisch erwiesen. Millerand hat auf der ganzen Linie gesiegt, und jede Meinungsverschiedenheit zwischen dem „Dreigestirn“ ist beseitigt. Wir müssen jeden Tag mit einem neuen Einmarsch der Verbandsmächte rechnen. Fadenstehende Gründe haben der Entente bis jetzt nicht geschadet. In dieser latenten Gefahr ändert auch die neue Konferenz von Spaa kein Jota. Ob mit oder ohne Deutschlands Beteiligung — die Ideen unserer Passifisten werden bei den Feinden keine Gegenliebe finden. Entschieden wirken die Worte des neuen Außenministers Röster, der bis jetzt die Hoffnungen, die man in nationalen Kreisen auf ihn setzt, nicht enttäuscht hat.

Im Ruhrgebiet scheint eine leichte Besserung eingetreten zu sein. Wenigstens berichten Meldungen von einer normalen Rohstoffförderung und sogar von Ueberflüssen. Dennoch ist die Waffenabgabe noch durchaus ungenügend und die Krise keineswegs beseitigt. Ein zu frühes Herausziehen der Reichswehr aus den gefährdeten Gebieten wäre ein unweigerlicher Fehler der Regierung und könnte leicht zu einem Rückschlag führen, dessen Folgen gar nicht abzusehen sind.

Die Wahlen rücken indessen mit Riesenschritten näher. Ein Aufruf zur Kampagne ist für die sozialdemokratischen Parteien der 1. Mai. Zwar ist von der Nationalversammlung der Antrag abgelehnt worden, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag im Reich zu machen, aber in der Praxis wird dieser Beschluß nicht viel ändern. Einzelne Landesregierungen und Kommunalverwaltungen mit sozialistischer Mehrheit sind selbständig vorgegangen und haben die lokale Arbeitstrube durchgedreht. Und wo die Parteiresolution nicht zur öffentlichen Verordnung geworden ist, da wird dennoch gefeiert; denn heute kann es kein Unternehmer mehr riskieren, seine Leute auszusperrten. An politischen Reden wird es morgen sicher nicht fehlen, wenn man die Riesenreaktion in den Parteiblättern als Maßstab nimmt. Namentlich die Mehrheitssozialdemokratie wird alles aufbieten, um ihre Anhänger bei der Stange zu halten. Ob ihr das gelingt, ist eine andere Frage, da diese Partei unweigerlich auf den Aussterbeetat gesetzt ist. Die einzige Möglichkeit, wenigstens den Schein innerer Geschlossenheit nach außen hin aufrechtzuerhalten, bestand in der entschiedenen Orientierung nach links. Demgemäß werden auch wohl die Wahlen ausfallen, und den Namen Mehrheitssozialdemokratie wird man bald unter der Rubrik „Historisches“ buchen müssen.

Unstreitig liegt ein Gehalts von gewaltiger Größe der Raiffeiser zugrunde. Kossol, Bebel und Marx waren Kämpfernaturen, vor deren Größe jeder Gegner, dem nicht Vornehmheit den Horizont sperrt, die Kniege senken muß. Ob die heutigen sozialistischen Parteien diese klammenden Ideale in die richtige Praxis umzuwandeln versuchen, wird die Geschichte lehren. Leider sind die meisten sozialistischen Führer viel zu viel Parteimenschen, denen der Stand der Sekretariatsmänner den klaren Blick getrübt hat. Rame sollte zwar in der Arbeiterbewegung mehr denn je Schall und Rauch sein. Aber die Regierelocher ist für keine Partei stärker symptomatisch als gerade für die Sozialdemokratie. Auch hier droht die große Idee im Allgemeinen, Phil-

stufen zu verstanden. Die heutigen Sozialisten können nie und nimmer Träger einer lebensfähigen Regierung sein, bei aller Achtung vor dem ehrlichen Willen der meisten Führer. Die wir brauchen sind keine Parteiführer und keine Revolutionsdilettanten, sondern Revolutionäre des Geistes — Menschen! O. R.

## Zwischen San Remo und Spaa. Millerands Referat über San Remo.

Paris, 28. April. In der heutigen Nachmittagsitzung der französischen Kammer ging Millerand auf die Verhandlungen von San Remo in Bezug auf die Ausführung des Friedensvertrags von Versailles ein und erinnerte an das deutsche Verlangen, Truppen in der neutralen Zone zu halten. Daraus habe die Konferenz durch einen Brief geantwortet, dessen Inhalt Millerand dahin erläuterte, das Gebiet von Frankfurt und Darmstadt werde getäumt werden, sobald die interalliierten Kommissionen festgestellt hätten, daß die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone auf den Stand zurückgebracht worden seien, wie er in dem Abkommen vom 8. August 1919 festgelegt wurde. Die Berechnung erfolge aber nach Einheiten und nicht nach dem Effektivebestand. Dadurch werde Deutschland zurückgeführt auf den Geist u. den Buchstaben des Abkommens. Bis zum 10. Mai könnten die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone die sein, wie das Augustabkommen vorsehe. Am 10. Juni müßte dann die Zahl um die Hälfte verringert werden. Deutschland habe aber das Recht, die Hälfte der vorgeesehenen Polizeistreitkräfte in die neutrale Zone einzuführen. Am 10. Juli müßten alle militärischen Kräfte die neutrale Zone geräumt haben. Die deutsche Regierung habe dann das Recht, 10 000 Mann Polizeitruppen zu unterhalten. Die Verhandlungen, die zwischen den Alliierten in Spaa stattgefunden hätten, hätten zum Grundgesetz geführt:

1. daß jeder Gedanke, den Frieden von Versailles zu revidieren, formell ausgeschlossen werden müsse, 2. daß, bevor man sich mit Deutschland verständige, die Alliierten in vollkommener und genauer Weise darüber einig seien, was sie von den Deutschen verlangen wollten.

Die Bedingung sei gewesen, daß, bevor man den Grundgedanken einer Verhandlung mit dem Chef der deutschen Regierung annehme, die Alliierten einig sein müßten über die Sanktion der Zwangsmassnahmen, die man eint. anwenden werde. Im Lauf dieser Verhandlung sei gewisse Beunruhigung laut geworden, auf die er hätte antworten müssen. Er verlange von der Kammer die Erlaubnis zu wiederholen, was er gesagt habe zuerst in einer Privatunterredung, später im Laufe der Konferenz. Es schien, daß gewisse Leute Beunruhigung gehabt hätten über die Hintergedanken, welche dem Geist des französischen Volkes, seines Parlaments und seiner Regierungen beherrschten. Er habe geantwortet, daß die französische Regierung das Parlament u. das Volk einig seien, dann, daß es nicht nur ein Verbrechen, sondern eine Dummheit wäre, an eine neue Annexion deutschen Gebiets zu denken. (Beif. Beifall.) — Die Kammer ging sodann ohne Diskussion über die Erklärungen zur Fortsetzung der Beratung der Steuergesetze über.

## Ueberreichung der Abschlußnote in Berlin.

Berlin, 28. April. Heute vormittag hat der italienische Geschäftsträger, Votschaster de Martino, dem Reichskanzler die bereits bekannte Ententente überreicht, mit der die Konferenz in San Remo abschloß. Der Text stimmt mit dem von Davos veröffentlichten überein. Untergeschrieben ist die Note vom italienischen Ministerpräsidenten Ritti.

## Die Auflösung des alten Heeres.

Berlin, 28. April. In einem zweiten Artikel über die Ausführung des Friedensvertrags behandelt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die Auflösung des alten Heeres. Danach bestehen nur noch Abwärtungsbatterien und -Stellen, die als Kontrollbehörde die Versorgungsaufträge der Kriegsteilnehmer, Verpflichtungen aus Verträgen über Kriegsteilnehmer u. Angelegenheiten der russischen Kriegsgefangenen erledigen. Sie unterstehen seit dem 10. April dem Reichsfinanzministerium. Der Große Generalstab wurde am 1. Oktober 1919 aufgelöst, ebenso die Kriegsministerien. Die höchste militärische Kommandobehörde ist das Reichswehrministerium. Deutschland hat die Bedingungen nach Möglichkeit erfüllt. Soweit Termine nicht innegehalten werden konnten, geschah dies mit Zustimmung oder unter Benachdrückung der Entente, welche die Unausführbarkeit einzelner Anordnungen mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland zugeben mußte.

## Die Schleifung der deutschen Festungen.

Berlin, 29. April. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringt unter der Ueberschrift „Schleifung der deutschen Festungen“ einen Artikel, in dem dargelegt wird, daß trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage das Renommee glücklicherweise geschehen ist, um den harten Friedens-

bedingungen gerecht zu werden. Schon bald nach dem Waffenstillstand wurde mit den Abrüstungsarbeiten begonnen. Es wurden zunächst die Aemrierungsarbeiten entleert und der friedensmäßige Zustand der Festungen wieder hergestellt. Hindernisse wurden zurückgebaut, Schützengruben und Erdwerke eingeebnet, Betonbauten unbrauchbar gemacht. Auch wurden schon vor Ratifizierung des Friedens aus diesen Festungen die Munition der Festungs-ausrüstung, Handwaffen und Kampfmittel entfernt, die Geschützrohre, Lafetten und Schießgestelle abmontiert usw. Die Abrüstungsarbeiten sind dort fristgemäß beendet worden. Die Schleifungsarbeiten sind jetzt in vollem Gange und ihre termintmäßige Beendigung ist abzumarten. Nur bei den vom Verbund besetzten Festungen konnten bisher die Abrüstungs- und Schleifungsarbeiten noch nicht in Angriff genommen werden, da dort der alliierten obersten Heeresleitung die Festlegung der Frist für die Abrüstung und Schleifung vorbehalten ist. Die Abrüstungs- und Schleifungsarbeiten haben auch in der Räter Zone bald nach Abschluß des Waffenstillstands eingeleitet und sind entsprechend gefördert.

## Vorbereitungen für Spaa.

Berlin, 28. April. Wie aus San Remo gemeldet wird, schlug Ritti vor, deutsche und österreichische Vertreter in die interalliierte Rohstoffkommission aufzunehmen. Lord George stimmte zu, während Millerand angeblich ablehnte. Die Frage soll in Spaa zur Diskussion gestellt werden.

Das „Ruhru-Abendblatt“ meint, von der deutschen Regierung werden aller Wahrscheinlichkeit nach nach Spaa reisen: der Reichskanzler Müller, Reichsminister des Innern Dr. Röster und Reichsfinanzminister Dr. Wirth. Ob auch Reichsminister Koch an der Konferenz teilnehmen wird, steht noch nicht fest. Der Reichsfinanzminister reist nicht nur zur Teilnahme an der von der Entente in Aussicht gestellten Erörterung über die Festlegung des Wiederaufbauvertrages, sondern auch zur Besprechung des finanziellen Teils der Wiederaufbaufrage. Zur Regelung dieser Frage wird sich auch eine Sachverständigenkommission aus Beamten des Wiederaufbauministeriums für das bekanntlich noch immer kein Minister ernannt worden ist, nach Spaa begeben.

## Wilson und der Friedensvertrag.

Paris, 28. April. Nach einer Washingtoner Meldung des „New-York Herald“ soll Wilson beabsichtigen, dem Senat demnachst auf neue den Friedensvertrag von Versailles zu übermitteln und zwar mit Vorbehalten, die er selbst ausgearbeitet hat und die sich denen sollen mit den fünf Vorbehalten des Senators Hitchcock.

## Die sterbenden Parlamente!

Es ist eine Lust zu leben. — Mit diesem jubelnden Ausruf begrüßten Sozialdemokraten und Demokraten bald nach der Revolution von 1918 die damals anbrechende, neue Zeit. Den Wahlkampf für die Nationalversammlung und die preussische Landesversammlung führten die Herrschaften mit gleich großer Begeisterung und sie versprochen sich und ihren Anhängern goldene Berge als Ergebnis ihrer Arbeits- und Schaffensfreude. Jetzt neigen sich deutsche Nationalversammlung und preussische Landesversammlung ihrem mehr oder weniger seligen Ende zu. Das Sterben geht ihnen freilich nicht ganz leicht. Es erfolgt nur unter schmerzlichen Zuständen, die ein Symptom des Zustandes sind, unter denen das ganze deutsche Volk leidet. Aber gerade jetzt fällt der Gegenstoß in der Stimmung des Volkes wie keiner Vertreter zu trüben so grell in die Augen, daß man nicht ohne weiteres davon vorbeigehen kann und darf.

Daß trotz ihrer Kurzlebigkeit beide Parlamente längt die Grenze ihrer Lebensfähigkeit überschritten haben, zeigt sich am besten in der Art, in der sie ihre Arbeiten erledigen. Wenn im Anfang noch sachlich beraten und sachliche Wirkungen der Oppositionsparteien, wenigstens in den Ausschüssen, nicht nur gebildet, sondern gern gesehen wurde, so ist heute von alledem keine Rede mehr. Die Mehrheitsparteien lähnen über sich die Forderungen derjenigen Elemente, in die allmählich die wirkliche Regierungsgewalt übergegangen ist, und führen sich bedingungslos. Ihre in der nominellen Regierung sitzenden Vertreter haben unmittelbar vor den Wahlen, von denen sie ein Ende ihrer Herrschaft fürchten, alle Hände voll mit Unterbringung ihrer Parteikollegen an der Regierungskrippe zu tun, sodas für andere Arbeit wenig Zeit übrig bleibt. In beiden Parlamenten, denen die Regierung und Leitung durch eine aus Sachverständigen u. Fachleuten zusammengesetzte Regierung wie durch eine, von Volksströmungen weniger abhängige zweite Kammer vollständig fehlt, werden die als im Parteinteresse nötigermaßen Gehörten rücksichtslos durchgepeitscht, ohne Rücksicht auf das Volkwohl. Da jede sachliche Arbeit ausgeschlossen ist, hat sich der Abgeordnete selbst eine Arbeitsunlust bemächtigt, die zu einem geradezu grotesken Zustande führt.

Wie wäre es sonst möglich, wenn z. B. die alle Volkstreue aufs schwerste treffende Verdoppelung der Post- und Fernspreckgebühren in 2. Stellung von rund 70



Abgeordneten verhandelt und beschlossen wird? Wie wäre es sonst möglich, daß die preuß. Landesversammlung in die Beratung des Verfassungsentwurfes bei leeren Bänken eintritt? Wie wäre sonst eine derartige Richtung einer Volksvertretung durch die Regierung möglich, wie sie sich bei Beginn der Verfassungsberatung in der preuß. Landesversammlung dadurch kennzeichnete, daß der Ministerpräsident selbst, dessen oberste Aufgabe Einleitung und Erleichterung der Verfassung gewesen wäre, durch Abwesenheit glänzte und erst herbeigeholt werden mußte, um wieder zu verschwinden, nachdem er die Versammlung durch seine Gegenwart für einige Minuten genügend geehrt zu haben glaubte?

Daß die Volksvertreter im allgemeinen wenig Verständnis für Finanz- und Steuerfragen besitzen und sich meist nach interessanteren Gegenden verflüchtigen, sobald der Finanzminister über den Staatshaushalt zu sprechen und seine Zahlenheere aufmarschieren zu lassen beginnt, ist eine alte Erfahrung, die man in allen Parlamenten macht. Der alte deutsche Reichstag bildete darin keine Ausnahme. Es ist aber doch wohl etwas anderes, wenn in der verfassunggebenden Nationalversammlung der Reichsfinanzminister einen Notetat vorlegt und dabei die erschütternde Finanzlage des Reiches schildert, daß auch das von leeren Bänken geschleht, so daß der Reichsfinanzminister selbst seinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben gezwungen war. Das ist doch eine Tatsache, die für die Vertreter des deutschen Volkes und namentlich die Mitglieder der für die Finanzverhältnisse verantwortlichen Mehrheitsparteien im höchsten Maße beschämend ist.

Allerdings, außer den oben angeführten Gründen läßt sich die Gleichgültigkeit der Abgeordneten auch noch durch einen weiteren Umstand wenigstens erklärlich finden. Das ist die allbekannte gänzliche Ideenlosigkeit der herrschenden Parteien und ihrer Vertreter in der Regierung. Von all den Leuten, welche da aufmarschierten, war keiner imstande, auch nur einen Gedanken zur Heilung unserer Uebel vorzubringen. Der Reichsfinanzminister lobt die Steuererhebung seines Vorgängers Erzberger bis in die Puppen und wehrt zur Ergänzung höchstens noch auf Reichsmonopole hinzuweisen. Dabei liegt in der Erzbergererei die ungeheure Gefahr der Vernichtung des gesamten Unternehmertums. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kennt auch kein anderes Mittel, als die Debung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf allen Gebieten, und scheint sich dabei der Tatsache gänzlich bewußt zu sein, daß sein preußischer Kollege Braun, der zugleich als Ministerpräsident Unheil stiftet, in den wichtigsten, landwirtschaftlich treibenden Provinzen die Landwirtschaft selbst verfolgt, verdrängt, drangaliert und alles tut, um die Freude an der Arbeit totzuschlagen.

Aus alledem geht mit größter Deutlichkeit hervor, daß beide Parlamente sich längst überlebt haben und die allgemeine Nichtachtung verdienen, deren sie sich bei der Regierung, Mehrheitsparteien, Oppositionsparteien und Volk erfreuen — zum ersten Male seit langer Zeit scheint wenigstens in einem Punkt ganz Deutschland einhellig einer Ansicht zu sein!

### Die letzten Tage der Nationalversammlung.

Berlin, 28. April. Nach dem Beschluß des Verfassungsausschusses wird die Nationalversammlung morgen Donnerstag ihre Beratungen beendigen, jedoch am Mittwoch, den 19. Mai nochmals zusammentreten, um die dann vorliegenden dringlichen Entwürfe zu erledigen. Vermutlich werden diese Beratungen bis Freitag, den 21. Mai abgeschlossen sein.

Der Wirtschaftsausschuß ist genötigt, noch eine Reihe von Berordnungen durchzubringen und wird deshalb bereits am 17. Mai von neuem seine Beratungen wieder aufnehmen. Der Haushaltsausschuß tritt heute abend unmittelbar nach Schluß der Plenarsitzung zusammen, um die vom Reichswirtschaftsrat abgeänderte Postgebührenordnung einer neuen Beratung zu unterziehen.

### Deutsche Nationalversammlung

Berlin, 29. April 1920. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.30 Uhr. Nach Erledigung von Petitionen und des mündlichen Berichtes des Ausschusses betreffend Wohnungs-, Siedelungs- und Heimstättenfragen wird in die 2. Beratung des Gesetzentwurfes über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel eingetreten.

Dr. Kungel (DVP.): Wir können dem Gesetz zustimmen nach den Veränderungen, die es im Ausschuß erfahren hat. Kraut (DN): Die den Behörden eingeräumten Vollmachten im Zusammenhang mit der Wohnungsnot gehen uns zu weit.

Sollmann (S.): Das Gesetz entspricht dem Geist der Verfassung. Das Gesetz wird in 2. und 3. Lesung angenommen. Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfes eines Reichsheimstättengesetzes.

Sollmann (S.): Der Gesetzentwurf wird den Erwartungen des Volkes nicht gerecht. Hagemann (Z.): Der Gesetzentwurf macht einen Schritt vorwärts auf dem Gebiete des Siedelungswesens. Heidsieck (Dem.): Das Gesetz ist eine Stappe auf dem Wege der sozialen Wohnungsfürsorge.

Franz v. Sierke (DN): Die Spekulation muß beim Kauf und beim Verkauf der Heimstätten ausgeschlossen werden. Die staatliche Fürsorge muß sich der Unterweisung der Frauen in Haus- und Landwirtschaft annehmen.

Dr. Kunkel (DVP.): Die Zentralstelle muß weiter ausgebaut werden. Jubell (Soz.): Der Entwurf entspricht nicht unseren Erwartungen. Frau Zettler (Z.): Wir können das Gesetz als Ganzes annehmen. Reichsarbeitsminister Schlichte erklärt, daß bei Entscheidungen bezüglich der Veränderung und Versteigerung billig verfahren werden soll.

In § 28 wird ein Antrag Dr. Kunkel angenommen, wonach die Enteignung gegen angemessene Entschädigung zu erfolgen hat. Das Gesetz wird angenommen, ebenso in 3. Lesung. Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfes über die durch die inneren Unruhen verursachten Schäden.

Waldstein (D.): Der Entwurf trägt die Spuren des Kompromisses an der Stirne. Immerhin bedeutet das Kompromiß des Ausschusses eine erhebliche Verbesserung der Regierungsvorlage. Abg. Dr. Herschel (Z.): Wir stimmen dem zu. Abg. Frutu (DN): Wir müssen gegen das Gesetz stimmen.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Es folgt Einspruch gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung über den Entwurf der Postgebühren. Abg. Waldstein (Dem.) berichtet, daß der Ausschuß empfiehlt, in diesem Punkte vorläufig die Regierungsvorlage wieder herzustellen, die Reichsregierung aber zu ersuchen, die Frage alsbald endgültig zu regeln.

Reichspostminister Wiesberts erklärt sich damit einverstanden, bis zum Herbst werde eine entsprechende Vorlage eingehen. Der Ausschuhbeschluss wird angenommen. Ein Gesetz betreffend Uebernahme einer Fassung des Reiches für Posten des Saarbrücker Knappschaftsvereins wird in allen drei Lesungen erledigt.

Der mündliche Bericht des 18. Ausschusses für die Erfüllung des Friedensvertrages über eingegangene Petitionen wird erledigt und eine Entschädigung des Ausschusses betr. angemessene Entschädigung der Tierhalter, die Vieh an die Entente abgeben müssen, angenommen, nachdem die Abg. Röhde (DN), Schiele (DN), dafür und die Abg. Michelsen (S.) und Henke (NS.) dagegen gesprochen haben.

Es folgt die zweite Beratung des von allen Parteien des Hauses eingebrachten Gesetzentwurfes über Änderungen der Leistungen und der Beiträge der Invalidenversicherung. Das Gesetz wird in 2. und 3. Lesung angenommen. Es folgt die erste Beratung eines vom Abg. Schneider-Sachsen (Dem.) und Gen. eingebrachten Gesetzentwurfes über weitere Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird der Gesetzentwurf an den 6. Ausschuh verwiesen.

Ein Antrag Bachmiste (Dem.) u. Gen. betreffend Wäsche für Krankenhäuser usw. wird erledigt. Es folgt ein Gesetzentwurf, eingebracht von allen Parteien, betreffend Wiederaufnahme der Verfahren gegen Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte. Der Entwurf wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfes betr. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. v. Gräfe (DN) beantragt Abhebung von der Tagesordnung. Es handelt sich um eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Stücklen (S.) widerspricht dem.

Weyer-Weipzig (Unabh.) widerspricht ebenfalls. Die Regierung wolle nur ein Stück Militarismus retten. Graf zu Dohna (DVP) stimmt dem Abg. v. Gräfe zu. v. Gräfe (DN) will die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifeln, wenn es zur Abstimmung über seinen Antrag komme.

Reichsjustizminister Bünnd: Die Regierung legt Wert auf die Verabschiedung des Gesetzes. Präsident Fehrenbach schlägt vor, die Verhandlungen über diesen Punkt der Tagesordnung vorläufig auszusetzen, ebenso über den nächsten, betr. die Stellung der Beeres-jutitiare und der bei ihnen beschäftigten Sekretäre.

Dies geschieht. Der Gesetzentwurf über die steuerliche Behandlung der im Reichsstaatsgleich vorgesehenen Ansprüche wird an den 6. Ausschuh überwiesen. Eine Reihe von Ausschuhberichten wird erledigt.

Präsident Fehrenbach erklärt, daß die Beschlußfähigkeit des Hauses unabweisbar bestehe. Das Haus müsse daher von einer Beratung der zurückgestellten Punkte (Militärgerichtsbarkeit usw.) absehen. Nächste Sitzung 19. Mai 3 Uhr. Schluß nach 3 Uhr.

### Sonntagdienst der Post am 1. Mai.

Berlin, 28. April. Das Reichspostministerium hat verfügt, daß am 1. Mai der Post-, Telegraphen- und Fernsprechschein wie an den allgemeinen Feiertagen zu regeln ist.

### Latente Krise im Industriegebiet.

Berlin, 28. April. Die Abendblätter veröffentlichen den Bericht der in das südliche rheinisch-westfälische Industriegebiet entsandten Kommission der Parlamentarier. Aus der Gesamtlage ergebe sich, daß ein gewisser Druck, der am stärksten in Remscheid sei, ausgeübt werde. So würden die Arbeiter in den Betrieben gezwungen, einen vollen Tagesverdienst zum roten Kampffonds zu zahlen. Die Waffenabgabe sei zur Zeit noch durchweg ungenügend. Nur die beschleunigte Einrichtung einer starken staatlichen Sicherheitspolizei werde die Sicherheit des Ruhrgebietes gewährleisten. Es seien alle Maßnahmen getroffen, um etwaige neue Unruhen niederzuhalten.

Berlin. Der Reichswehrminister Dr. Gehler äußerte in einer Unterredung mit dem Arbeiter der „Post-Zeitung“: Aus allen Teilen des Ruhrgebietes werden wir überkommen mit Witten, die Reichswehr nicht abziehen zu lassen. Wenn wir dort mit zwei Batterien zurückbleiben, muß das allerhöchste befürchtet werden. Der Minister kam auch auf Baden zu sprechen und betonte, daß man die Lage dort nicht so leicht nehmen dürfe. Man dürfe nicht vergessen, daß Berlin nicht Deutschland sei und daß jeder Fehler, der in Berlin gemacht werde, in Bayern sofort aufgegriffen und verwertet werde.

### Die deutschen Einfuhrzölle.

Berlin, 28. April. Das englische Auswärtige Amt hat dem deutschen Geschäftsträger eine Note folgenden Inhalts zugehen lassen: Mit Bezug auf Ihr Memorandum vom 18. März bezüglich Fortsetzung der Zahlung der deutschen Einfuhrzölle in Gold, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die alliierten Regierungen beschlossen haben, daß die Erlaubnis, welche der deutschen Regierung gewährt worden ist, die Zahlung der Einfuhrzölle in Gold zu verlangen, verlängert wird, daß jedoch die einzelnen alliierten Regierungen sich das Recht vorbehalten, die Frage zu irgend einer Zeit wieder aufzurollen.

Für Hölz. Während von Regierungseite kürzlich erklärt wurde, daß man den Mäurerhauptmann Hölz seiner politischen Partei an die Reichshöhe hängen könne und dürfe, erklärt die R.A.P.D. in ihrem offiziellen Parteiprogramm der Hamburger „Kommunistischen Arbeiterzeitung“, wörtlich: Für Hölz!

Auf der letzten Mitgliederversammlung der R.A.P.D. gelangte die folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Wir sehen in dem Genossen Hölz und seinen Genossen im Voglande durch ihr revolutionäres Handeln inmitten einer, nach dem Blute des Proletariats listernen Müllerkamarilla, hervortretende Vorkämpfer des Proletariats und bedürfen ihnen hiemit unser volles Vertrauen aus.

Dieselbe Resolution gelangte auf der am letzten Sonntag stattgefundenen Bezirkskonferenz ebenfalls einstimmig zur Annahme. So zu lesen in Nr. 56 des genannten Blattes. In derselben Nummer findet sich übrigens ein „Hölz“ überschriebener Aufsatz, in dem gegen die Austreibung von Hölz protestiert und betont wird, daß Hölz zur R.A.P.D. und nicht zur R.P.D. gehöre.

Die Polen in der Ukraine. Warschau, 29. April. (Meldung des Wiener Korr. Bur.) Die polnische Armee Pilsudski richtete eine Proklamation an die ukrainische Bevölkerung, in der sie bekanntgibt, die polnischen Armeen würden solange in der Ukraine verbleiben, bis die ordentliche ukrainische Regierung die Gewalt übernehme und die ukrainischen Truppen eine neue Inosatzion verhindern können und das freie Volk über sein Schicksal entscheiden kann. Die ukrainische Vertretung in Warschau veröffentlichte einen gleichlautenden Aufruf Pilsudski. Das Außenministerium gibt bekannt, daß die polnische Armee die Unabhängigkeit der Ukraine und das Direktorium unter Pilsudski anerkennt. Nach dem polnischen Kriegsbericht vom 27. April haben die polnischen Armeen am 25. April unter Führung Pilsudski an der wolgynischen und politischen Front einen allgemeinen Angriff aufgenommen, 38 Divisionen Infanterie, 17 Divisionen Kavallerie der Volkshewisten geschlagen und eine beträchtliche Beute gemacht.

Württembergische Postfil. Aus dem Volkswirtschaftlichen Ausschuh. Stuttgart, 28. April. Vom Volkswirtschaftlichen Ausschuh wurde am Dienstag bei der Beratung der verschiedenen Anträge und Anträge zur Pferdeablieferung Stellung genommen. Vom Stand der Landwirtschaft wie von der Deutschen demokratischen Partei wurde die Forderung nach Erhöhung der Entschädigungen für die abgetesteten Tiere begründet und gutgeheißen. Der Ernährungsmminister erklärte, daß er schon frühzeitig beim Reich für eine angemessene Erhöhung eingetreten sei und in den letzten Tagen sei auch ein entsprechender Erlaß eingegangen. Der Reichsernährungsminister hat folgende Einheitspreise festgesetzt: 1 1/2 jährige Stuten 14 000 M., 2 1/2 jährige Stuten 18 000 M., ältere Stuten 25 000 M., Heugröße wie bisher 36 000 M., Kühe, tragende Füllen und Bullen 5500 M., Jungrinder 2500 M., weibliche Schafe aller Rassen 800 M., Fiegen und Fiegenböcke 650 M., die Preise für Schafböcke bleiben unverändert. Sämtliche Preisermäßigungen rechnen von Beginn der Viehablieferung an, so daß angemessene Nachzahlung für bereits abgenommene Tiere zu erfolgen hat. Bei den Milchfüllen, Füllen und Jungrindern beträgt die Preisermäßigung rund 40%. — Von einem Redner des Bauernbundes wurde auf die Mängel bei der Ablieferung abgegebener Pferde hingewiesen. Von Seiten des Zentrums und der Deutschen demokratischen Partei wurde die Abgabe von Leisepferden erbetet. Es wurde mehr Entgegenkommen gefordert. Auch Redner des Bundes der Landwirte und der Sozialdemokratie stimmten diesem zu. Demgegenüber betonte der Vorstand der Pferdeablieferungsstelle, daß die Aufhebung der Pferdepreise ursprünglich auf 1. April geplant war, und daß die 1918 gegebene Zusage auf spätere fällige Abtretung der Pferde, schon im Januar 1919 aufgehoben wurde. Vom Bauernbund wie von der Deutschen demokratischen Partei wurde ein Antrag eingebracht, wonach die in Württemberg erheblichen Minderpreise käuflich an die Landwirtschaft abgegeben werden sollen. — Sodann trat man in die Besprechung der Pferdewirtschaft ein. Nach den Darlegungen des Ernährungsministers wird bedrückend abgeliefert, bisher sind 12 Millionen Eier aufgebracht worden. An eine Abbrechung der öffentlichen Bewirtschaftung für Eier könne im laufenden Jahre nicht mehr gedacht werden. Nur vom Bauernbund wurde gegen die Zwangswirtschaft bei Eiern Einspruch erhoben.

Waisfeier 1920. Stuttgart, 28. April. Durch den Erlaß des Ministeriums des Innern vom 27. d. M. sind die Staatsdirektion Stuttgart und die Oberämter ermächtigt worden, auf Antrag für den 1. Mai Ausnahmen von dem Verbot des § 1 der Verfügung des Ministeriums des Innern, betr. öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, Umzüge und ähnliche Kundgebungen vom 6. Dezember 1919 zuzulassen, unter der Voraussetzung, daß wirksame Maßnahmen zur Verhütung von Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung getroffen werden. Die genannten Stellen haben ferner Anweisung erhalten, daß die Veranstalter selbst die Anordnungen der Polizeibehörden durch Bestellung von Ordnern wirksam und sachgemäß zu unterstützen.

Aus Stadt und Bezirk. Ragold, den 30. April 1920. \* Beförbert wurde Stationsdiener R. Schorpp in Ragold zum Stationskassierer. \* Beförbert: der Eisenbahnsekretär Wilhelm Schmid in Tübingen, Sohn der f. Kommunitätscheite Schmid in Unterjettingen zum Eisenbahn Obersekretär. \* Arbeitsruhe. Wie uns mitgeteilt wird, sind die freien Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien über-eingekommen, ohne Rücksicht auf die Beschlüsse der Regierung am 1. Mai zu feiern. Samstag herrscht also — wenigstens in den Privatbetrieben — Arbeitsruhe, weshalb auch der „Gesellhafter“ nicht erscheinen kann. Wir verweisen auf unsere reichhaltige Unterhaltungsbeilage in der





**Württ. Bauern- und Weingärtnerbund.**  
Allgemeine

**Bauernprotestversammlung.**

Am Sonntag den 2. Mai findet in Nagold im Traubensaal nachmittags 2 Uhr eine Versammlung der Landwirte des Oberamts Nagold statt.

Tages-Ordnung:

Unter der Leiterschaft der Zwangswirtschaft.

Redner: Jakob Dürr, Bauer in Sulz.

Die Anshungerung Deutschlands durch die Zwangswirtschaft.

Redner: Landwirt Dingler aus Calw.

Wie helfen wir Bauern uns?

Redner:

Hans Bohnacker, Strohbauer jg. aus Ach-Blaubeuten.

Hierzu sind alle Landwirte und ihre Angehörigen dringend eingeladen.

Der Bezirksvorsitzende: Jakob Dürr, Sulz.

Nachmittags 1 Uhr: Vertrauensmänner-Versammlung im Gasthaus zum „Schiff“, Nagold.

Widdberg. 1999

**Wirtschafts-Eröffnung.**

Einer verehrl. Einwohnerschaft von Widdberg und Umgebung teile ich hiedurch erg. mit, daß ich das von mir käuflich erworbene

**Gasthaus zum „Hirsch“**  
am Sonntag, den 2. Mai

unter Mitwirkung der hiesigen Stadtkapelle eröffnen werde. Es wird mein Bestreben sein, eine mich beehrende Kundschaft auf das Sorgfältigste zu realen Preisen zu bedienen. Zahlreichem Besuch sehe ich gerne entgegen.

Hochachtungsvoll:

**Wilhelm Brenner.**

**F.C. Nagold**  
von 1911 e. V.

Heute Freitag  
30. April  
8 Uhr Schwane  
**Spieler-**  
**versammlung**  
Der Ausschuß.

Am  
Samstag  
den 1.  
Mai fin-  
det im  
Gasthaus  
zum Waldhorn  
um 10 Uhr  
Kotseiden

**große Hundebörse**  
statt. 2010

1968 Nagold.  
Wir empfehlen geneigter  
Aufnahme:

**fst. Salatöl,**  
verfeinert.

**fst. Weinessig,**  
reiner Gärungseisig.

**fst. Speiseessig,**  
einfach und doppelt

**Berg & Schmid.**

Altensteig. 2006  
Verkaufe, um damit zu  
räumen, eine größere Partie

**Knabenmützen**  
fürs Alter von 1-3 Jahren

**blaue Kellermützen**  
zu 1.80 Mk. per Stück  
von 3-14 Jahren

**blaue Schildmützen**  
zu 2.80 Mk.

**Burschenmützen**  
graue Fußballen zu 3 Mk.,  
sowie für Herren in dunkel  
5 Mk. — Solange Vorrat.

**Ehr. Schmid**  
Hut- und Mützengeschäft.

**Chlorkalk,**

**Fleckenwasser**

**Salmiakgeist,**

**Panamarinde**

erhalten Sie am besten und  
billigsten in der

**Löwen-Drogerie**  
Gebr. Benz, Nagold  
1963 Bahnhofstr.

**Feinste Marmelade**  
mit Zucker gekocht  
per Pfund 4.320  
empfehlen

**Berg & Schmid.**  
Zur Mostbereitung emp-  
fehle ich 1757

**Etter's**

**Fruchtsaft**  
— 1 Liter ca. 20 —  
10 Liter Stoff geben ohne  
Zutat von Zucker 200 Liter  
glanzhellen Saftstrom.

**Fr. Schittenhelm.**  
Nagold. 1965

**Most-**

**substanzen**  
mit und ohne Süßstoff  
empfehlen

**Wilh. Harr. Käjerm.**  
Schönbrunn.  
Verkaufe am Samstag,  
1. Mai, einen 1992

**Halbhund**  
auch zu  
Schäferhund  
geeignet,  
sowie ein noch gut erhaltenes

**Fahrrad.**

Friz Rothfuß, Schmied.

**Übermorgen Sonntag nachm. 4 Uhr**  
**im Festsaal des Seminars Nagold**  
**Kammer-Konzert**

— des Kalm-Quartetts —  
im Auftrag d. Ver. f. Volksbildung Stuttgart.

Franz Kalm, Wolfgang Pfeleiderer, Rudolf Jetter,  
Hermann Meyer. 1945

Eintritt: Numm. Pl. 4 Mk., offener Pl. 3 Mk.

Im Vorverkauf nur nachm. bei G. W. Zaiser  
Buchhandlung und an der Saalkasse.

**Sozialdem. Parteien**  
und  
**Freie Gewerkschaft Nagold.**

© **Maifeier** ©

Am 1. Mai findet von nachmittags 2 Uhr ab im „Löwen“  
die Maifeier statt, wobei Genosse Harisch-Stuttgart einen Vor-  
trag halten wird.

Von 7 Uhr abends an ist  
**musikalische Unterhaltung.**

Hierzu ladet Freunde und Gönner der Sache herzlich ein  
J. A. Kraft. 1993

**U.S.P. Nagold.**  
**Familien-Ausflug.**

Am Sonntag den 2. Mai findet ein Familien-Aus-  
flug nach Altensteig statt, woselbst gemütliches Zusammensein  
im Gasthaus zum „grünen Baum“ stattfindet. Abfahrt um  
12.40 Uhr Stadt-Bahnhof. Parteifreunde sind herzlich ein-  
geladen. 1984 Der Vorstand.

**Nagold-Emmingen.**  
**Hochzeits-Einladung.**

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren  
wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf  
**Samstag den 1. Mai 1920**

in das Gasthaus z. „Lamm“ in Emmingen freund-  
lichst einzuladen. 2005

**Emil Hörger** & **Elisabeth Brenner**  
Goldschmied Tochter des  
Sohn des Karl Hörger Jakob Brenner  
Nagold. Emmingen.

Absgang 1/12 Uhr.  
Wir bitten, dies statt besonderer Einladung  
entgegenzunehmen.

**Vollmaringen.**  
**Hochzeits-Einladung.**

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren  
wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf  
**Dienstag den 4. Mai 1920**

in das Gasthaus zum „Fogel“ in Vollmaringen  
freundlichst einzuladen. 1968

**Anton Teufel** & **Lena Mayer**  
Bauer Tochter des  
Sohn des Anton Graf  
+ Martin Teufel, Bauer, Maurermeister.

Absgang 1/10 Uhr.  
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung  
entgegenzunehmen.

**Nagold.**  
**Kunst-Most-Ansatz**  
mit Süßstoff  
empfehlen.

**Gottlieb Schwarz.**

**Gottesdienst-Ordnung.**

**Ev. Gottesdienst**  
Am Sonntag Cantate, den  
2. Mai 1/10 Uhr Predigt  
(Otto), ungl. Feiertag Phil.  
u. Joh. 1/2 Uhr Christenlehre

1. Ehne. 1/8 Uhr Vortrag  
(im Kellerstübli) von Herrn Ge-  
meinschaftspfleger Geisler aus  
Wien über „die Lage der  
Evangelischen in Oesterreich“.  
Zu allg. Besuch des wertvollen  
Vortrags wird herzlich  
eingeladen. Freitag, den 7.  
Mai 8 Uhr Bußtagsgottes-  
dienst, anschließend Vorberei-  
tung z. Kinder-sonntagschule.

**Kathol. Gottesdienst.**  
Sonntag, 2. Mai 1/8 Uhr  
Rohrdorf, 1/10 Uhr Nagold.  
2 Uhr Andacht.

**Gewerbeschule Nagold.**

Die Anmeldung für neuinteressende Gewerbe- und Hand-  
werkslehrlinge findet Montag, den 3. Mai, nachmittags 1 Uhr  
im Gewerbeschulhaus statt. (vgl. Anzeige vom 28. April.)  
1986 **Vodamer.**

**Beamtenvereinigung Nagold.**

Zur Besprechung wichtiger Organisationsfragen (Schaf-  
fung einer Bezirksorganisation u. a.) werden Vertreter aller  
Beamtengruppen des Bezirkes auf Sonntag, 2. Mai 1/11  
Uhr vormittags ins Gasthaus zur „Rose“ in Nagold  
freundlichst eingeladen. Zahlreiche Beteiligung wäre sehr  
erwünscht. 1931

Der Ausschuß der Beamtenvereinigung Nagold.

**Bersammlung der Müllergehilfen**

Zu der am Sonntag den 9. Mai mittags 1 Uhr im  
„Hindenhof“ in Horb stattfindenden Bersammlung  
werden sämtliche Müllergehilfen freundlichst eingeladen  
zwecks Besprechung unserer Lohnverhältnisse.  
2002 Einige Müllergehilfen.

1989 Effringen, 29. April 1920.



**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die  
wir während der Krankheit und beim Hinscheiden  
unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Groß-  
mutter

**Magdalene Dinger Witwe**  
erfahren durften, sagen wir innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

**Oberschwandorf.**

**Wegen Todesfall bleibt meine**  
**Wirtschaft vom 1. Mai ab bis**  
**auf weiteres**

**geschlossen.**

Für das mir bisher geschenkte Wohlwollen danke ich herzlich.

1949 **Jakob Hölzle z. „Löwen“.**

**Gasthof zum „Löwen“, Nagold.**

Sonntag den 2. Mai  
**humoristisches Konzert**

1982 mit  
**Sanzunterhaltung**  
unter Mitwirkung der berühmten  
Tiroler Kapelle Hohnloser.

Zu zahlreichem Besuch ladet höfl. ein  
**F. Kurlenbauer.**

Anfang nachm. 2-6 Uhr, abends 7-11 Uhr.

**Württ. Amtl. Taschenfahrplan**

Ausgabe vom April 1920.  
Vorrätig bei

**G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.**

**2012 Kurse am 29. April 1920**  
mitgeteilt durch die

**Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H. in Nagold.**

|  |        |                                  |        |
|--|--------|----------------------------------|--------|
| 5% Deutsche Reichsanl.<br>1.-9. Kriegsanl. | 79.75  | 4% Frankl. Hypoth.-<br>Kreditor. | 101.-  |
| 4% dgl. n. 1918 unk. 1925                  | 76.50  | 4% Rheininger Hypoth.            | 100.50 |
| 3 1/2% dergl.                              | 67.50  | 4% Württ. Hypoth.                | 101.75 |
| 3% I. dgl. Schömanns.                      | 100.-  | 4% Rhein. Hypoth. Bk.            | 102.40 |
| 4% Bod. Anleihe                            | 91.-   | 4% Württ. Hypoth. Bank.          | 103.50 |
| 3 1/2% dgl. n. 1900                        | —      | 3 1/2% dergl. kdb. A-D           | 93.50  |
| kdb. ab 1905                               | —      | n. K-N                           | 90.-   |
| 4% Württemberg. k. 1915                    | 92.-   | 3 1/2% dergl. allg. ab           | 90.-   |
| 1921 u. 1935                               | 92.-   | 4% Württ. Kreditverein           | 103.50 |
| 3 1/2% dergl. n. 1875                      | 92.50  | <b>Obligations.</b>              |        |
| 3 1/2% dgl. n. 1879/80                     | 83.-   | 4% Stadt Frankfurt a. M.         | 110.50 |
| 1885/95                                    | 83.-   | 4% Stuttg. Stadt                 | 105.-  |
| 3 1/2% dergl. n. 1881/85                   | 75.50  | <b>Banken.</b>                   |        |
| Lit. L-O                                   | 75.50  | Darmstädter Bank                 | 155.-  |
| 3 1/2% dergl. von 1900                     | 75.-   | Deutsche Bank                    | 310.50 |
| (1903 ff.)                                 | 75.-   | Diskontogesellschaft             | 218.50 |
| 3% dergl. von 1896                         | 75.50  | Dresdner Bank                    | 183.-  |
| <b>Vaubriefe.</b>                          |        | Bod. Anl. u. Sobofabrik          | 100.-  |
| 4% Frankl. Hypoth. Bank                    | 103.25 | Daimler Motoren                  | 270.-  |
| 3 1/2% dergl.                              | 92.50  | Chlenger-Maschinenfabrik.        | 242.-  |